

DIE FPÖ UND DER RECHTSEXTREMISMUS

Lauter Einzelfälle?

Einzelfall 6

Die FPÖ Kärnten lehnt im Landtag als einzige Partei die Errichtung einer Gedenkstätte für die NS-Verbrechen ab.

Einzelfall 54

Die FPÖ Oberösterreich richtet auf ihrer Website ein Video ein, in dem sie fordert, die NS-Verbrechen zu verharmlosen.

Einzelfall 41

Der FPÖ-Kassier von Zams, Patrick Oberprantacher, versieht auf Facebook ein Bild seines Bundesparteiobmannes Heinz-Christian Strache mit einem Zitat von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels: „Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!“

Ist die FPÖ eine Partei, die die Menschenrechte achtet? Sind rechtsextreme Aussagen und Handlungen freiheitlicher Politiker seltene Einzelfälle? Oder kommen sie dauernd vor?

Ist die FPÖ regierungsfähig? Oder spricht alles dafür, dass sie als Regierungspartei mit rechtsextremen Aktivitäten schweren Schaden anrichten würde?

Das Mauthausen Komitee Österreich hat rund 60 einschlägige Fälle der jüngeren Vergangenheit knapp und übersichtlich dargestellt. Diese Fälle sind bestens dokumentiert. Stets haben auch Medien berichtet.

Die Darstellung ist keineswegs vollständig, sondern könnte für denselben Zeitraum noch wesentlich mehr einschlägige Fälle umfassen. Trotzdem gibt sie auf die obigen Fragen eine klare Antwort.

**Lauter
Einzelfälle?**

Februar 2013:

Einzelfall 1

FPÖ-Gemeinderat Fabian Wetter aus Franking verbreitet auf Facebook ein Foto der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem Davidstern und der Beschimpfung „Vaterlandsverräterin“. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus.

Einzelfall 2

FPÖ-Gemeindevorstand Michael Gruber aus Aurolzmünster hat 2002 den damaligen Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes als „Judenschwein“ beschimpft und mit der Ermordung bedroht. Deshalb wurde Gruber wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung zu einer bedingten Haftstrafe von 18 Monaten verurteilt. Als das öffentlich bekannt wird, tritt er aus der FPÖ aus.

April 2013:

Einzelfall 3

Der Linzer FPÖ-Fraktionsobmann Sebastian Ortner muss zurücktreten, weil mehrere rechtsextreme Aktivitäten öffentlich bekannt werden: Unter anderem hat er früher beim „Wehrsport“ mit dem Neonazi Gottfried Küssel die Ermordung politischer GegnerInnen geübt.

Jänner 2014:

Einzelfall 4

Der wegen NS-Wiederbetätigung und gefährlicher Drohung vorbestrafte Michael Gruber aus Aurolzmünster, der ein Jahr zuvor aus der FPÖ ausgetreten ist, steht auf der Kandidatenliste der Freiheitlichen Arbeitnehmer für die AK-Wahl in Oberösterreich. Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer, Manfred Pühringer, spricht von einem „Irrtum“.

Einzelfall 5

Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer in Oberösterreich, Manfred Pühringer, beschimpft auf Facebook einen SPÖ-Gemeinderat mit bosnisch-serbischen Wurzeln, der kurz zuvor einem Mordanschlag zum Opfer gefallen ist, als „Handgranaten-Tschusch“.

Februar 2014:

Einzelfall 6

Die FPÖ Kärnten lehnt im Landtag als einzige Partei die Errichtung einer Gedenkstätte für die NS-Opfer im ehemaligen Gestapo-Hauptquartier in Klagenfurt ab.

Einzelfall 7

Die vom freiheitlichen EU-Abgeordneten Andreas Mölzer herausgegebene und vom freiheitlichen Nationalratsabgeordneten Wendelin Mölzer redigierte Wochenzeitung „Zur Zeit“ verhöhnt den von der SS ermordeten sozialdemokratischen Widerstandskämpfer Richard Bernaschek: Diesen habe in Mauthausen „der Quiqui ereilt“.

März 2014:

Einzelfall 8

Die „Süddeutsche Zeitung“ enthüllt, dass der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer bei einer Podiumsdiskussion die Europäische Union mit dem „Dritten Reich“ verglichen und als „Negerkonglomerat“ bezeichnet hat.

April 2014:

Einzelfall 9

Als öffentlich bekannt wird, dass der freiheitliche EU-Abgeordnete Andreas Mölzer auch den österreichischen Fußball-Nationalspieler David Alaba mit rassistischen Aussagen angegriffen hat, muss er zurücktreten.

Juni 2014:

Einzelfall 10

Der FPÖ-Gemeinderat und -Ortsparteiobmann von Groß-Enzersdorf, Rudolf Fischer, verbreitet auf Facebook rassistische Propaganda. Er postet: „Menschen sind wie Bananen ... Keiner mag die Schwarzen!“

Einzelfall 11

Der Landespartei sekretär der FPÖ Niederösterreich und Nationalratsabgeordnete Christian Hafenecker tut Kritiker rassistischer Propaganda als „Moralapostel“ ab.

September 2014:

Einzelfall 12

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus warnt bei einem Treffen rechtskonservativer und rechtsextremer Politiker in Moskau vor

einer „Homosexuellenlobby“, die äußerst mächtig sei und über eigene Zeitungen und Fernsehsender verfüge. Diese Lobby wolle die Gleichberechtigung von Homosexuellen erreichen. „Es ist schwer vorstellbar, wohin das alles führen wird“, so Gudenus.

November 2014:

Einzelfall 13

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Christian Höbart beschimpft Flüchtlinge auf Facebook als „Erd- und Höhlenmenschen“.

Einzelfall 14

Die „Bezirksblätter Niederösterreich“ veröffentlichen ein Foto: Es zeigt den FPÖ-Bezirksobmann von Tulln, Andreas Bors, und zwei andere Männer beim Hitlergruß. Als Bors behauptet, es habe sich um „Fan-Gesänge für Rapid“ gehandelt, reagiert der Fußballklub empört: „Mit solchen Gesten werden keine Anfeuerungsgesänge begleitet.“

Einzelfall 15

FPÖ-Gemeinderat Kurt Lindlgruber aus Steyr hetzt im NS-Stil: Die Regierenden seien „Parasiten und Schmarotzer“, unterstützt von „linken Systemschreiberlingen“. Offen droht er politischen Gegnern mit Zwangsarbeit „auf dem Kartoffelacker“. FPÖ-Fraktionsobmann Helmut Zöttl distanziert sich, Konsequenzen für Lindlgruber werden aber nicht bekannt.

Jänner 2015:

Einzelfall 16

Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Bad Aussee, Hans Wunner, muss zurücktreten, als öffentlich bekannt wird, dass er auch für die neonazistische „Europäische Aktion“ des Holocaust-Leugners Bernhard Schaub aktiv ist.

Einzelfall 17

Der Vorarlberger FPÖ-Landesparteiobmann Dieter Egger sorgt mit einer antisemitischen Aussage für Aufregung: Es müsse dem Direktor des Jüdischen Museums in Hohenems, Hanno Loewy, „klar sein, dass die Entscheidungen im Rathaus getroffen werden und nicht im jüdischen Viertel“.

Einzelfall 18

Die FPÖ Heidenreichstein hetzt im Gemeinderatswahlkampf gegen Asylwerber: Diese hätten „eine Prostituierte missbraucht“, sodass sie „ins Krankenhaus musste“. Laut dem Bezirkspolizeikommandanten ist die Behauptung „schlichtweg falsch“.

März 2015:

Einzelfall 19

FPÖ-Nationalratsabgeordnete Barbara Rosenkranz findet sich auf der Referentenliste eines konspirativen „Lesertreffens“ der rechtsextremen deutschen Zeitschrift „Zuerst!“. Zu den Referenten gehören auch der russische Rechtsextremist Alexander Dugin und der deutsche Geschichtsrevisionist Walter Post, der die Kriegsschuld Hitler-Deutschlands leugnet.

Einzelfall 20

Der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus bestreitet, seine Teilnahme an einem europäischen Neonazi-Treffen in St. Petersburg zugesagt zu haben. Erst als die APA sein entsprechendes Schreiben veröffentlicht, räumt er „Gedächtnislücken“ ein. Kurz nach seiner Zusage habe er aber wieder abgesagt.

April 2015:

Einzelfall 21

Der FPÖ-Stadtparteiobmann von Eisenstadt, Géza Molnár, beschimpft wegen eines Public Viewings zum Eurovisions Song Contest die ÖVP: Diese habe eine „verkommene Seele“, weil sie „einen penetranten Tuntenaufmarsch zum Großereignis in der Haydnstadt“ mache.

Mai 2015:

Einzelfall 22

FPÖ-Gemeinderat Gerald Hraball aus Gloggnitz beschimpft Flüchtlinge auf Facebook als „Menschentmaterial“, das „für Europa komplett wertlos und problembehaftet“ sei. Der Landespartei sekretär der FPÖ Niederösterreich, Christian Hafenecker, will zunächst keinen „Nazi-Sager“ sehen. Kurz darauf tritt Hraball aber aus der FPÖ aus.

Juni 2015:

Einzelfall 23

Der freiheitliche Bezirksvorsteher-Stellvertreter von Wien-Ottakring, Christian Hein, bedankt sich auf Facebook bei „Unsterblich“, einer gewalttätigen Neonazi-Bande, für die Unterstützung seiner Fußballmannschaft.

Einzelfall 24

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache nutzt die Amokfahrt eines psychisch Kranken in Graz für Hetzpropaganda: „Der Täter ist aus Bosnien. Ein religiös begründetes Attentat wird nicht ausgeschlossen.“ Dieser Versuch, aus dem Leiden von Menschen politisches Kapital zu schlagen, löst zahlreiche empörte Reaktionen aus.

Einzelfall 25

Der Ring Freiheitlicher Jugend Burgenland führt mit den rechtsextremen „Identitären“ eine gemeinsame Veranstaltung in Eisenstadt durch. Der Landesobmann der Freiheitlichen Jugend, Werner Wassicek, betont, er freue sich, „die ‚Identitären‘ in ein rot-blaues Burgenland“ einzuladen.

Juli 2015:

Einzelfall 26

Die Tiroler FPÖ-Landtagsabgeordnete Hildegard Schwaiger muss zurücktreten, als öffentlich bekannt wird, dass sie Administratorin der rassistischen Facebook-Gruppe „Asylflut stoppen – auch in Tirol“ ist.

August 2015:

Einzelfall 27

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau beschimpft auf Facebook SPÖ, ÖVP und Grüne als „Volksverräter-Trio“. Der Begriff „Volksverräter“ wurde in der NS-Zeit für Regimegegner verwendet. Ripfl ist bereits durch die Verwendung von rechtsextremen Symbolen wie dem Kühnengruß und dem Keltenkreuz aufgefallen.

Einzelfall 28

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl kritisiert die Europäische Menschenrechtskonvention: Sie schaffe ein „Einfallstor für illegale Masseneinwanderung“ und müsse deshalb geändert oder ersetzt werden. Justizminister Wolfgang Brandstetter erwidert, wer die Europäische Menschenrechtskonvention in Frage stelle, bewege sich außerhalb des Verfassungsbogens und sei ein „Totengräber des Abendlandes“.

September 2015:

Einzelfall 29

Der FPÖ-Ortsparteiobmann von Lambach, Johann Gibitz, erklärt, dass er die Produkte eines oberösterreichischen Lebensmittelherstellers boykottieren werde, weil die Frau des Geschäftsführers Flüchtlingen kostenlos Deutschunterricht gibt.

Einzelfall 30

FPÖ-Gemeinderatskandidat Ralph Schäfer aus Wels wird als Gründer einer „Bürgerwehr“ öffentlich bekannt. Mit dieser selbsternannten „Bürgerwehr“ will er „Einbrecherbanden aus dem Ausland“ bekämpfen. Öffentlich bekannt wird auch, dass Schäfer Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß als „Märtyrer“ verherrlicht hat und deshalb wegen NS-Wiederbetätigung vor Gericht gestanden ist. Der Prozess wurde durch Diversion beendet.

Einzelfall 31

Auf der FPÖ-nahen Website „unzensuriert.at“ beschimpft ein anonymer Neonazi die Direktorin des Jüdischen Museums Wien, Danielle Spera, und den Historiker Oliver Rathkolb mit dem NS-Begriff „Volksschädlinge“. Dieses Posting wird von den Betreibern der Website auch nicht gelöscht, nachdem der „Kurier“ darüber berichtet hat.

Oktober 2015:

Einzelfall 32

Die FPÖ-Fraktionsobfrau von Stockerau, Sabina Kracher, schreibt auf Facebook über Flüchtlinge: „Zu viele Parasiten töten nämlich den Wirt!“ Obwohl FPÖ-Stadtparteiobmann Wolfgang Mayer diesen Vergleich „in Ordnung“ findet, tritt Kracher nach einigen Tagen zurück.

Einzelfall 33

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Susanne Winter gefällt auf Facebook ein antisemitisches Posting gegen „reiche zionistische Juden“. Als die öffentliche Kritik

daran immer stärker wird, schließt die FPÖ Winter aus. Sie bleibt trotzdem im Nationalrat.

November 2015:

Einzelfall 34

FPÖ-Ersatzgemeinderat Michael Grünwald aus Feldkirchen an der Donau schreibt auf Facebook: „Fette türkenhochzeit in au an der donau! Wer bringt a autobomber!“ FPÖ-Ersatzgemeinderat Martin Hartl gefällt dieses Posting. Nach öffentlicher Kritik durch den SPÖ-Bürgermeister treten Grünwald und Hartl zurück.

Einzelfall 35

Der FPÖ-Ortsparteioibmann von Taxenbach, Bernd Buchner, beschimpft auf Facebook den Rechtsstaat, weil dieser einen psychisch kranken Amokfahrer am Selbstmord hindert: „Gebt ihm doch das benötigte Seil ...“ Als das öffentlich bekannt wird, verteidigt der Salzburger FPÖ-Landesparteioibmann Andreas Schöppl seinen Parteifreund, der „unglücklich formuliert“ habe.

Einzelfall 36

Der Grazer FPÖ-Stadtparteioibmann Mario Eustacchio nimmt an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Spielfeld teil. Unter den DemonstrantInnen sind auch amtsbekannte Neonazis.

Jänner 2016:

Einzelfall 37

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Gerhard Deimek verbreitet im Internet rassistische Hetzpropaganda, die muslimische Zuwanderer als „dauergeile Barbaren“ beschimpft, mit einem zustimmenden Kommentar weiter.

Einzelfall 38

Der freiheitliche Dritte Präsident des Landtages der Steiermark, Gerhard Kurzmann, nimmt an einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Graz teil. Unmittelbar nach der Demonstration greifen „Identitäre“ GegendemonstrantInnen an.

Einzelfall 39

Die Linzer FPÖ-Gemeinderätin Susanne Walcher unterstellt auf Facebook jungen Muslimen den Hang zu Kindesmissbrauch, ihr Fraktionskollege Markus Krazl zu Sex mit Tieren. SPÖ, ÖVP und Grüne verurteilen die Hetzpropaganda. Krazl tritt nach einigen Tagen „aus beruflichen und familiären Gründen“ zurück. Walcher bleibt im Gemeinderat.

Februar 2016:

Einzelfall 40

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Wolfgang Zanger spricht auf einer flüchtlingsfeindlichen Demonstration der rechtsextremen „Identitären“ in Judenburg.

Einzelfall 41

Der FPÖ-Kassier von Zams, Patrick Oberprantacher, versieht auf Facebook ein Bild seines Bundesparteiobermannes Heinz-Christian Strache mit einem Zitat von NS-Propagandaminister Joseph Goebbels: „Nun, Volk, steh auf, und Sturm, brich los!“

April 2016:

Einzelfall 42

FPÖ-Gemeinderat Markus Ripfl aus Orth an der Donau, zugleich Obmann der Freiheitlichen Studenten an der Universität Wien und Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Olympia“, zeichnet für die Einladung ungarischer Neonazis mitverantwortlich. Die Veranstaltung der „Olympia“ trägt den Titel „Revolution in Ungarn – Vorbild für Österreich?“.

Einzelfall 43

Der Wiener FPÖ-Stadtrat Anton Mahdalik setzt die Anhänger seiner Partei mit den Verfolgten und Opfern des NS-Regimes gleich.

Juni 2016:

Einzelfall 44

Die FPÖ Wien lehnt die Benennung einer Schule nach dem NS-Opfer Friedrich Zawrel ab. Zawrel hat als Kind in der Euthanasieanstalt „Am Spiegelgrund“ die Tötungsmaschinerie der Nationalsozialisten überlebt. FPÖ-Gemeinderat Dietrich Kops und FPÖ-Bezirksrat Werner Grebner beschimpfen den Verstorbenen als „Verbrecher“.

Einzelfall 45

Die FPÖ lädt unter dem Motto „Patriotischer Frühling“ Vertreter mehrerer rechtsextremer Parteien aus anderen EU-Ländern – darunter Marine Le Pen vom französischen Front National – in den freiheitlichen Parlamentsklub ein. Anlass ist das einjährige Bestehen der EU-Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“, zu der sich die FPÖ mit diesen Parteien zusammengeschlossen hat.

August 2016:

Einzelfall 46

FPÖ-Gemeinderat Wolfgang Zistler aus Schwechat schreibt auf Facebook, es sei ihm „eine Ehre, auch Nazi genannt zu werden“. Er bezieht sich damit auf einen Vorwurf an FPÖ-Präsidentschaftskandidaten Norbert Hofer. Außerdem verlangt Zistler, eine Richterin, die gegen Hofer entschieden hat, solle „sofort ihres Amtes enthoben werden“.

September 2016:

Einzelfall 47

Der oberösterreichische FPÖ-Landesrat Elmar Podgorschek hetzt auf Facebook gegen Flüchtlinge. Unter anderem behauptet er, die Kriminalität im Land explodiere. Die Polizei widerspricht ihm: Die Zahl der Straftaten sei rückläufig. Podgorschek will diese Tatsache nicht akzeptieren und sieht „Bürgerkriege vorprogrammiert“.

Oktober 2016:

Einzelfall 48

FPÖ-Gemeinderat Andreas Lehner aus Kremsmünster beschimpft auf einem Volksfest den Besitzer eines Kebabstandes rassistisch und zertrümmert eine Scheibe des Standes. Dann verletzt er einen einschreitenden Polizisten. Als das öffentlich bekannt wird, tritt Lehner zurück und stellt seine FPÖ-Mitgliedschaft ruhend. Später wird er zu einer bedingten Haftstrafe von sechs Monaten verurteilt.

Einzelfall 49

FPÖ-Generalsekretär Herbert Kickl spricht auf dem rechtsextremen Kongress „Verteidiger Europas“ in Linz, gegen den es breite internationale Proteste gibt. Organisiert hat den Kongress die rechtsextreme Burschenschaft „Arminia Czernowitz“, deren bekanntestes Mitglied der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister und -Stadtparteiobmann Detlef Wimmer ist.

November 2016:

Einzelfall 50

Der freiheitliche Landeshauptmann-Stellvertreter von Oberösterreich, Manfred Haimbuchner, ehrt in einer Festrede den NSDAP-Politiker und SS-Brigadeführer Anton Reinthaller. Dieser wurde 1950 wegen Hochverrats zu drei Jahren Kerker verurteilt und 1956 erster Bundesparteiohmann der FPÖ.

Dezember 2016:

Einzelfall 51

Eine FPÖ-Delegation reist nach Moskau und schließt mit der Partei des russischen Präsidenten Wladimir Putin ein „Arbeitsübereinkommen“. Der Delegation gehören u. a. FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache, der Dritte Nationalratspräsident Norbert Hofer, der stellvertretende FPÖ-Bundesparteiobmann Johann Gudenus und Stefan Magnet an. Magnet war früher Aktivist des rechtsextremen „Bundes Freier Jugend“.

Jänner 2017:

Einzelfall 52

FPÖ-Gemeinderat Andreas Freis aus Aschach an der Steyr beschimpft auf Facebook den neuen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und dessen Frau in äußerst aggressiver Weise. Über die Grünen schreibt Freis, er hätte die „Idioten am liebsten erwürgt“. Einer Journalistin wünscht er eine Vergewaltigung. Als das öffentlich bekannt wird, tritt Freis zurück und stellt seine FPÖ-Mitgliedschaft ruhend.

März 2017:

Einzelfall 53

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Roman Haider erzwingt den Abbruch eines Vortrags des Extremismus-Experten Thomas Rammerstorfer an einem Linzer Realgymnasium, das auch Haiders Sohn besucht. Rammerstorfer hat im Zusammenhang mit rechtsextremen Burschenschaften die FPÖ erwähnt. Der Direktor der Schule berichtet von massiven

Drohungen des freiheitlichen Politikers. Später stellt der Landesschulrat fest, der Abbruch sei nicht zulässig gewesen.

Einzelfall 54

Die FPÖ Oberösterreich richtet auf ihrer Website eine „Meldestelle“ ein: Sie fordert SchülerInnen auf, dort Lehrkräfte namhaft zu machen, die sich kritisch über die FPÖ äußern.

April 2017:

Einzelfall 55

Franz Schardinger, Mitglied der FPÖ-Bezirksparteileitung Imst, gratuliert Adolf Hitler auf Facebook zum Geburtstag: „Happy Birthday, Adolf!“ Als der grüne Nationalratsabgeordnete Harald Walser darüber die Öffentlichkeit informiert, schließt die FPÖ Schardinger aus. Wie in der Partei gedacht wird, bekundet Anneliese K. auf Facebook: „Franz wir akzeptieren und lieben dich FPÖ Imst ...“ Franz Schardinger ist bereits durch gepostete Folter- und Mordphantasien aufgefallen.

Einzelfall 56

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Markus Hein meldet für Ende September eine Neuauflage des rechtsextremen Kongresses „Verteidiger Europas“ in den Linzer Redoutensälen an. Hein ist wie sein Stadtparteiobmann Detlef Wimmer Mitglied der rechtsextremen Burschenschaft „Arminia Czernowitz“. Später wird der Kongress – wohl wegen der Nationalratswahl im Oktober – auf einen Zeitpunkt im März 2018 verschoben.

Mai 2017:

Einzelfall 57

Die FPÖ Niederösterreich wirft der ÖVP in einer Aussendung „Blutschande“ vor. Der Begriff „Blutschande“ wurde in der NS-Zeit auch mit derselben Bedeutung wie „Rassenschande“ verwendet. Die SPÖ zieht unter Protest aus dem Landtag aus, die Grünen protestieren ebenfalls.

Juni 2017:

Einzelfall 58

FPÖ-Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache fordert eine Einschränkung der Menschenrechte, damit Terror wirksam bekämpft werden kann. Strache bezieht sich dabei auf eine Aussage der konservativen britischen Premierministerin Theresa May.

Juli 2017:

Einzelfall 59

Es wird öffentlich bekannt, dass FPÖ-Nationalratsabgeordneter Johannes Hübner beim Jahreskongress 2016 der rechtsextremen „Gesellschaft für freie Publizistik“ eine Rede gehalten hat. Darin hat Hübner, der auch außenpolitischer Sprecher seiner Partei ist, über den Schöpfer der österreichischen Bundesverfassung gesagt: „Hans Kelsen – eigentlich Hans Kohn, aber hat sich Kelsen genannt.“ Diese antisemitische Anspielung geht auf den führenden NS-Juristen Carl Schmitt zurück. Nach massiven Protesten verzichtet Hübner auf eine neuerliche Kandidatur.

**Lauter
Einzelfälle?**

Lauter Einzelfälle, wie die FPÖ und ihre Verharmloser behaupten? Einzelfälle schon. Aber keine seltenen oder untypischen. Rechtsextreme Aussagen und Handlungen kommen in der FPÖ dauernd und auf allen Ebenen vor.

Welche Schlüsse muss man aus den dargestellten Fällen ziehen?

- » **Die FPÖ will die Menschenrechte einschränken.** Das haben sowohl Bundesparteiobmann Heinz-Christian Strache als auch Generalsekretär Herbert Kickl ausdrücklich erklärt.
- » **Die FPÖ beschimpft, verhöhnt und verleumdete Andersdenkende.** Bewusst ignoriert sie die Grenzen demokratischer Auseinandersetzung. Nicht einmal vor Toten wie dem NS-Opfer Friedrich Zawrel macht sie halt.
- » **Die FPÖ geht gegen die Meinungsfreiheit vor.** Das haben zuletzt der erzwungene Abbruch eines Schulvortrags und die Einrichtung einer „Meldestelle“ zur Denunziation politisch missliebiger Lehrkräfte bewiesen.
- » **Die FPÖ hetzt in übelster Weise gegen Flüchtlinge und Minderheiten.** Rassismus ist an der Tagesordnung. Gezielt werden Vorurteile geschürt und Feindbilder verbreitet. Auch der Antisemitismus bricht immer wieder durch.

- » **Die FPÖ arbeitet eng mit rechtsextremen Kräften im In- und Ausland sowie mit dem autoritären russischen Putin-Regime zusammen.**
- » **Die FPÖ zeigt immer wieder eine ausgeprägte Nähe zur NS-Ideologie.**

Konsequenzen haben demokratiefeindliche Umtriebe in der FPÖ nur, wenn sie öffentlich bekannt werden und die Parteispitze Nachteile befürchtet. Zweifelhaft ist, ob verkündete Parteiaustritte immer ernst zu nehmen sind. In einem Fall tauchte ein vorbestrafter Neonazi nach seinem Austritt wieder auf einer freiheitlichen Kandidatenliste auf.

Während der letzten Monate wurde intensiv über eine mögliche Regierungsbeteiligung der FPÖ diskutiert. Wohin eine solche Regierungsbeteiligung führen kann, hat der stellvertretende FPÖ-Bundesparteioobmann Johann Gudenus – Burschenschaftlername „Wotan“ – auf den Punkt gebracht:

**„Wenn HC Strache den Bundeskanzler stellt, dann heißt es bei Bedarf auch:
„Knüppel aus dem Sack!““**

Danksagung

Das Mauthausen Komitee Österreich dankt zahlreichen Persönlichkeiten und Institutionen für ihre intensive Unterstützung bei den Recherchen zu dieser Informationsbroschüre, besonders dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW).

Redaktionsschluss: 10. August 2017

IMPRESSUM:

Medieninhaber: Mauthausen Komitee Österreich, 1020 Wien

Homepage: www.mkoe.at

E-Mail: info@mkoe.at

ZVR: 545896703

Für weiterführende Informationen gemäß § 5 ECG siehe AGB.

Hersteller: ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien

**Unterstützt bitte die Arbeit des
Mauthausen Komitees Österreich
für ein „Niemals wieder“!**

Spenden bitte an:

BAWAG

Konto Mauthausen Komitee Österreich

IBAN: AT62 1400 0100 1067 4528

BIC: BAWAATWW

Ist die FPÖ eine Partei, die die Menschenrechte achtet? Sind rechtsextreme Aussagen und Handlungen freiheitlicher Politiker seltene Einzelfälle? Oder kommen sie dauernd vor?

Ist die FPÖ regierungsfähig? Oder spricht alles dafür, dass sie als Regierungspartei mit rechtsextremen Aktivitäten schweren Schaden anrichten würde?

Das Mauthausen Komitee Österreich hat rund 60 einschlägige Fälle der jüngeren Vergangenheit knapp und übersichtlich dargestellt. Welche Antwort geben diese Fälle auf die obigen Fragen?